

Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantwortl. Redakteur **Jonny Michler**,
Wien, I. Neues Rathaus.

25. Jahrgang. Wien, Freitag, 20. Juni 1919. Nr. 257.

Drohende Einstellung der Bautätigkeit in Wien. Der deutschösterreichische Wirtschaftsverband des Baugewerbes teilt mit, dass er das Staatsamt für Handel, Industrie und Bauten verständigigt hat, dass, falls keine rasche Belieferung mit Zement und Weisskalk erfolgt, Samstag, 28. d.M. die Bautätigkeit in Wien eingestellt werden soll. Infolge des vollständigen Mangels an Zement und der ungenügenden Zufuhren an Weisskalk ist eine neue Kalamität hervorgerufen, geeignet, den Ruin des Baugewerbes herbeizuführen. Die vollständige Einstellung der Bautätigkeit würde viele tausende von Arbeitern und Baugewerbetreibenden vor die Gefahr der Erwerbslosigkeit stellen, und die Zahl der Arbeitslosen müsste einen neuerlichen grossen Zuwachs erfahren. In den Kreisen der Baugewerbetreibenden hat es befremdende Überraschung hervorgerufen, dass die Regierung gerade in diesem ungünstigen Zeitpunkte einen Einfuhrzoll auf Zement bestimmt hat, der früher nicht bestanden hat. In den letzten Tagen hat sich eine bezeichnende Tatsache zuggetragen. Es sollten, in Befolgung des Gesetzes betreffend die Einstellung von Arbeitslosen, paritätisch aus Baugewerbetreibenden und Bauarbeitern gebildete Kommissionen den Bedarf an Arbeitslosen auf Bauten feststellen. Dabei ergab sich die merkwürdige Erscheinung, dass Beschäftigung für Arbeitslose reichlich vorhanden gewesen wäre, hätte es nicht an Zement und Kalk gefehlt. Wegen des bedauerlichen Mangels konnte dem vielen sich herandrängenden arbeitswilligen Personen die erhoffte Beschäftigung nicht zugewiesen werden.

Organisationsänderungen im Wohnungsamte. In der Organisation des städtischen Wohnungsamtes treten folgende Veränderungen ein: Ab 21. d.M. werden alle Einzelfälle von Wohnungsanforderungen (Unbenützte, unzulänglich benützte Wohnungen) den Wohnungskommissionären, die bei jedem magistratischen Bezirksamte bestellt sind, zugewiesen. Anzeigen und Eingaben sind an diese zu richten, und bei ihnen ist auch der allfällige Einspruch an das Mietamt einzubringen; nur für den 8. Bezirk bleibt die Zentrale, des Wohnungsausschusses Schmidgasse 18 zuständig. Die Zuweisung angeforderter Wohnungen erfolgt nach wie vor durch die genannte Zentrale. Gleichzeitig nimmt das Wohnungsamt mit der Wirksamkeit für Wien einschliesslich des erweiterten Wohngebietes, jedoch mit Ausscheidung aller Einzelfälle der Wohnungsanforderung und Zuweisung seine Tätigkeit im neuen Amtlokale I. Kaiser Wilhelmring 8 auf.

Kartoffelabgabe. Samstag, bis Montag werden im 6. und 7. Bezirk Kartoffeln und zwar 1 kg für den Kopf gegen Abtrennung des Abschnittes 8 abgegeben.

Die Ankündigungen in den Strassenbahnwagen. In der heutigen Stadtratsitzung berichtete StR. Josef Müller über die Anbringung von Ankündigungen auf den Fenstern der Strassenbahnwagen. StR. Breuer bemerkte hierzu, dass bereits 21 Zettel auf den Fenstern der Strassenbahnwagen kleben, was im höchsten Grade unechten sei. VB. Emmerling betonte, dass in der Zeitschrift „Reklam“ in einem Artikel darauf verwiesen worden sei, dass man in Deutschland für die Anbringung solcher Ankündigungen nicht unbedeutende Einnahmen erzielt habe. Vielleicht könne man etwas Ähnliches auch in Wien machen, insbesondere im Hinblick darauf, dass jetzt jeder Heller benötigt werde. VB. Hoeser teilte mit, dass ein Bundesgesetzlicher Akt bei den Aemtern noch in Beratung sei. Der Antrag des Referenten wurde angenommen.

Wiener Gemeinderat

Sitzung am 20. Juni 1919.

Vorsitzender BGM. Reumann.

Zu Beginn der Sitzung leistet der infolge Erkrankung erst heute zum ersten Male erschienene GR. Hützel die Angelobung.

Gespendet haben: Kommerzialrat Fritz Gerhards letztwillig 20.000 K für die Armen der Stadt Wien, Der Wiener Trabrennverein von einem Resestallbesitzer 10.000 K und Siegmund Parnes für die Armen des I. Bezirkes 1000 Kronen.

Auf eine Interpellation der GR. Marie Wielsch, betreffend die Einführung der freien Rayonierung, teilt der Bürgermeister mit, dass sich die Zwangsrayonierung gut bewährt und sich so eingelebt hat, dass es nicht ratsam erscheint, einschneidende Änderungen, wie sie die allgemeine Einführung der freien Rayonierung mit sich brächte im gegenwärtigen Zeitpunkt vorzunehmen. Wegen Zuweisung der Bewohner der inneren Leopoldstadt zu passender gelegenen Abgabestellen für amerikanisches Schweinefleisch hat der Magistrat die Vieh- und Fleischübernahmestelle ersucht, im Einvernehmen mit der Fleischselchergenossenschaft das Nötige zu veranlassen.

BGM. Reumann beantwortet eine Interpellation des GR. Machet aus der letzten Sitzung wegen der Wahl des Bezirksversteher-Stellvertreters im 20. Bezirk, dahin, dass die Stadtwahlbehörde den Beschluss gefasst hat, dass die Stelle eines Bezirksvorstehers und seines Stellvertreters in jenen Bezirken, in denen die zwei stärksten Parteien eine gleiche Mandatszahl aufweisen, derjenigen Partei zufallen sollen, die eine grössere Stimmenanzahl im Bezirke aufgebracht hat. Laut Stadtratsbeschluss vom 6. Juni d.J. wurden die diesbezüglich eingebrachten Proteste zurückgewiesen.

BGM. Reumann: In dem heutigen Einlauf befindet sich eine Interpellation des GR. Findenigg, die absolut mit dem Gemeinderat nichts zu tun hat. Es handelt sich um eine Angelegenheit der Drechslergenossenschaft und ich kann infolgedessen diese Angelegenheit zur Verlesung im Gemeinderat nicht zulassen.

Schriftführer GR. Waldsam verliest den Einlauf.

GR. Dr. Schwarz-Hiller fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, mit Rücksicht auf die ausserordentliche Bedeutung und Dringlichkeit einer richtig geleiteten Auslandspropaganda für Wien in Stattgebung meiner Anregung alles Erforderlichen vorzunehmen, damit ehestens eine städtische Propagandastelle, allenfalls in Form einer vom Gemeinderat zu wählenden gemischten Kommission errichtet werden kann.

BGM. Reumann: Herr Dr. Schwarz-Hiller hat in seiner Rede in der letzten Gemeinderatsitzung über die Auslandspropaganda gesprochen und beantragt, ein eigenes Propagandaamt für Wien zu errichten. Ich unterschätze eine intensive Propaganda für Wien als Stadt der Wissenschaft und der Kunst und als Fremdenstadt durchaus nicht und werde dieser Anregung dadurch näher treten, indem ich sie zum Gegenstand der Beratung im Stadtrat in kürzester Zeit machen werde. Wie sehr ich die Notwendigkeit einsehe, zeigt der Umstand, dass ich bereits im Februar d.J. im Stadtrat internationaler Beziehungen zum Gegenstand hatte. Nach meinem Antrage sollte ein internationaler Städtetag einberufen werden, um über die Frage des Austausches von Bedarfsgütern über gemeinsame Wohlfahrtsaktionen für Säuglings- und Jugendfürsorge eine effiziente Aussprache zwischen uns und den Grossstädten des Auslandes zu ermöglichen. Beabsichtigte mithin die Vertreter der neutralen und feindlichen Städte zu einer Aussprache zu veranlassen. Er gipfelte in dem Wunsche, dass von der Schweiz aus und zwar von der Bundeshauptstadt Bern die Einberufung eines solchen Städtetages ehestens erfolgen möge. Der Schweizer Gesandte Dr. Bourcart überzeugte mich in einer Rücksprache, dass der Antrag dort eine Unterstützung nicht finden werde und rief mir mit einzelnen Schweizer Städten in Verbindung zu treten, die vielleicht geneigt wären, die Anregung aufzugreifen. Dadurch wurde der Gedanke an einen Zusammentritt internationaler

Vertreter grösserer Städte bisher nicht zur Tat. Vielleicht würde durch die von Dr. Schwarz-Hiller vorgeschlagene Aktion die internationale Verbindung herbeigeführt werden, die für Wien dringend notwendig wäre. Ich werde daher im Interesse der Stadt die Anfrage nicht unberücksichtigt lassen, sondern sie als Antrag auffassen, dem Stadtrat zu einem Beschluss vorlegen. Schliesslich bemerke ich, dass die Bevölkerung der Stadt Wien die Summe von Elend, die über sie hereingebrochen ist, nicht mehr länger tragen kann. Wir steuern dem Abgrund zu und wenn nicht bald Hilfe geboten wird, so nützt uns die bestorganisierte Auslandspropaganda gar nichts. Ich habe versucht, die interessierten Kreise darauf aufmerksam zu machen, in welcher Verfassung wir uns befinden. Die Not ist auf das Aeusserste gestiegen. Ein wahrer Notschrei entringt sich auf den Märkten nach Fleisch. Ich habe bereits entsprechende Schritte zur Besserung der

GR. Rudolf Müller (17) interpelliert wegen des laagen Liegenbleibens der Kartoffeln in der Kartoffelabgabestelle Michelbäuer.

BGM. Reumann: Der Kartoffel einlauf am Bahnhofe Michelbäuer ist äusserst unregelmässig. In den letzten 14 Tagen langten zusammen 39 Waggons ein. Die Kartoffeln werden sofort ausgeladen und im Wege der reihenweisen Belieferung der Bezirke sofort in den Verkehr gebracht. Infolge der warmen Witterung der letzten Zeit ist es oft vorgekommen, dass Waggons einlangten, die bereits zum Teil genussunfähige Ware enthielten. Diese Ware wird ausgeklaut, die genussfähigen Kartoffeln werden in den Verkehr gebracht die gegenläufigen kommen in die städtische Kartoffeltrocknungsanlage. Um einen rascheren Absatz der Kartoffeln zu ermöglichen, wurde die Kartoffelquote seit 16. d.M. auf 1 kg erhöht.

GR. Grübner stellt folgende Anfrage: Im städtischen Waisenhaus VI/VII Josefstädterstrasse 95/97 sind zirka 200 Zöglinge und etwa 22 Aufsichtspersonen untergebracht, für welche die Verköstigung besonders aber für das Aufsichtspersonal vollkommen unzulänglich ist. Das Abendmahl besteht im ganzen Monat hindurch nur aus Kraut und Rüben. Ebenso ist das Mittagmahl unzulänglich. Fleisch bekommen die Aufsichtspersonen und noch weniger die Zöglinge überhaupt nicht zu Gesicht.

Ist der Bürgermeister geneigt zu veranlassen, dass für die Verköstigung dieser Anstalt, insbesondere für das Dienstpersonal sowie für die Zöglinge für eine ausgiebigere Verköstigung Vorsorge getroffen werde?

BGM. Reumann verliest einen Magistratsbericht, in welchem unter anderem mitgeteilt wird: Im Monate Mai haben die Kinder an Verköstigung erhalten: Zum Frühstück jeden Tag je 3/10 Liter Milchkafee, zu Mittag einen halben Liter eingekochte Suppe, einen halben Liter Gemüse (Hülsenfrüchte) mit Kartoffeln oder Mehlspeise mit Marmeladeaufguss und am Sonntag ausser dem Gemüsegerichte noch eine Mehlspeise, abends Hülsenfrüchte oder ein sonstiges Gemüse, letzteres regelmässig mit Kartoffeln oder Knödel. Das Personal erhält immer doppelte Portionen. Die Ernährungsverhältnisse haben übrigens so wie in den anderen Anstalten auch im VI/VII Waisenhaus nunmehr eine ganz ausserordentliche Besserung dadurch erfahren, dass die Anstalt seit 9. Juni in die amerikanische Lebensmittelaktion einbezogen erscheint.

Die GR. Leopoldine Glöckel und Jorde verwiesen in einer Anfrage darauf, dass zu den immer noch nicht geräumten Schulgebäuden vor allem die Mädchenbürgerschule, XII., Ruckergasse 40 gehört, welche schon seit Kriegsbeginn nur unzulänglichen Drittel- und Halbtagsunterricht erteilen konnte.

2

Diese Bürgerschule ist überdies in einer Volksschule in der Bischoffgasse 10 untergebracht, deren Bänke für die grossen Mädchen naturgemäss viel zu klein sind, so dass die Kinder nicht nur geistig, sondern auch körperlich, durch den gegenwärtigen Unterrichtsbetrieb geschädigt werden. In dem genannten Gebäude sind derzeit unter dem Kommando eines Oberleutnants nur etliche Invalide untergebracht, für die gewiss auch wo anders Raum geschafft werden könnte. In der Sitzung der Bezirksvertretung vom 18. Februar l. J. wurde eine Zuschrift der Mag.- Abteilung XVI verlesen, nach welcher die Räumung der Schule Ruckergasse 40 am 29. März l. J. zu erfolgen gehabt hätte. Da dies aber bis heute noch nicht geschehen ist, wird der Herr Bürgermeister gefragt, aus welchen Gründen die Mädchenbürgerschule XII., Ruckergasse 40 immer noch nicht geräumt ist. Ist der Herr Bürgermeister bereit, mit allem Nachdrucke die Räumung dieser Schule zu bewirken, und dafür Sorge zu tragen, dass die Wiederherstellungsarbeiten derart beschleunigt werden, dass mit Beginn des nächsten Schuljahres endlich der normale Unterrichtsbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Bgm. Reumann verliest einen ausführlichen Magistratsbericht über die mit den massgebenden militärischen Stellen und mit dem Seldatenrate geführten Verhandlungen und bemerkt hierzu: Sie sehen daraus, dass ein wahrer Leidensweg angetreten worden ist, damit endlich die Räumung der Schule erfolgt. Wann die Räumung der Schule stattfinden wird, wieviel Papier noch zu Eingaben aufgewendet werden muss, wieviel persönliche Interventionen noch möglich sein werden, um dieses Ziel zu erreichen, kann ich dem Anfragenden noch nicht sagen, aber es wird alles daran gesetzt werden, damit die Räumung baldmöglichst erfolgt.

GR. Marie Wieslitzki fragt, warum den Kindern der Kinderschutzzstation im 20. Bezirk Salzbohrstrasse 3 die Benutzung des städtischen Strombades im 19. Bezirk mittelst Anweisungen nur vormittags gestattet werde.

BGM. Reumann erwidert, dass der unentgeltliche Badebesuch für Kinder an Vormittagen nur für die Ferien vorgeschrieben sei. Ueber die vorliegende Anfrage werde er sich einen Bericht erstatten lassen.

GR. Julius Müller fragt, warum die vom Militär besetzt gewesene Schule 6. Bezirk Grasgasse 5, die schon seit November 1918 geräumt sei, noch immer nicht instand gesetzt werde.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Arbeiten für die Instandsetzung in kürzester Zeit ausgeschrieben werden.

GR. Rudolf Müller (3.) fragt, ob der Bürgermeister über das Vorhandensein und die Qualität einer Thermalquelle auf den Baugründen der St. Marxer Brauerei im 3. Bezirk einen Bericht einholen und das Nötige veranlassen wolle, damit diese Quelle in das Eigentum der Stadt Wien übergeht.

BGM. Reumann erwidert, er werde Erhebungen pflegen lassen, und das Nötige veranlassen.

GR. Grünfeld fragt an der Hand eines konkreten Beispiels den Bürgermeister, ob er bereit sei, die städtischen Kontrahenten aufmerksam zu machen, dass Vereinbarungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die zwischen Arbeitsgeber- und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen werden, einzuhalten sind, und ferner ob er bereit sei, in allen Verträgen die in der Folge die Gemeinde mit Lieferanten abschliesst, die Bestimmung aufzunehmen, dass Kollektivverträge, die zwischen Arbeitsgeber und Arbeitnehmerorganisationen abgeschlossen wurden oder werden von den Kontrahenten eingehalten werden müssen.

BGM. Reumann erwidert, dass durch die Bestimmungen, welche allen Werk- und Lieferungsverträgen der Gemeinde zugrunde zu legen sind, und die er gleichzeitig verliest, die Interessen der Arbeiterschaft in jeder Weise gewahrt sind und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln für die genaueste Einhaltung derselben Sorge getragen wird. Die in der Interpellation genannte Firma, Fahrkartenfabrik und Druckerei Zavadil habe weder vom Wirtschaftsamt der Stadt Wien, noch von einem anderen städtischen Amt Druckaufträge erhalten. Schliesslich bemerkte der Bürgermeister,

dass er Erhebungen darüber anstellen lasse, ob diese Firma nicht als Subunternehmer städtischer Kontrahenten Arbeiten übernommen hat.

GR. Schön Peter fragt an, ob der Bürgermeister gewillt sei, die Haltestelle „Pfarrhof“ auf der Strecke Dorabach- Neuwaldegg eröffnen und die Verlegung der Haltestelle Vornayrgasse auf den Elterleinplatz veranlassen wolle.

BGM. Reumann bringt eine Zuschrift der Strassenbahndirektion zur Kenntnis, in dem sich diese gegen die Wiederöffnung der Haltestelle „Pfarrhof“ in der Alszelle ausspricht, da diese von der Endstation Dorabach so wie von der Haltestelle Dorabacherstrasse nur rund 330 Meter entfernt sei und im Jahre 1917 gegen Schonung der Wagen und Stromsparnis aufgelassen wurde, welche Gründe bis heute noch fortbestehen. Bezüglich der Haltestelle Elterleinplatz für die Züge zur Stadt sagt der Bericht, dass diese eine Sicherheitshaltestelle sei und sich daher vor der Einmündung in die Hornayrgasse befindet, um ein Zusammenstossen kreuzender Wagen zu vermeiden.

GR. Nachobel verlangt in einer Anfrage die Wiederaufnahme der Haltestellen „Rettenbachergasse“ und „Ger bei der Wattgasse, Hettenskofergasse“ und Huttengasse.

Der Bürgermeister verliest einen Bericht der Strassenbahndirektion, in dem es heisst, dass in derselben Angelegenheit bereits Anfangs 1918 ein Antrag der Bezirksvorstehung Ottakring vorgelegen sei, der vom Stadtrat anfangs Juli abgelehnt wurde. Dafür war der Umstand massgebend, dass die Wiedererrichtung der Haltestelle sehr kurze Entfernungen von ungefähr 300 m ergeben würde, da eine Verschiebung der benachbarten Haltestellen ausgeschlossen ist. Aus diesen Gründen spricht sich die Direktion gegen die Wiedererrichtung dieser Haltestellen aus.

GR. Jenschik interpelliert wegen der verbreiteten Gerüchte, dass am 1. August eine Steigerung der Mietzinse stattfinden solle.

Bgm. Reumann erwidert: Dem Wohnungsamt ist von irgend einer beabsichtigten Aenderung der Mieterschutzverordnung nichts bekannt. Ich glaube auch nicht, dass irgend ein anderes Amt etwas davon weiss.

GR. Vaugoin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, bei der Postdirektion zu intervenieren, dass das Postamt in Hacking ehe baldigst wieder eröffnet wird.

BGM. Reumann: Ich bin gerne bereit im Sinne dieses berechtigten Wunsches bei der Post- und Telegraphendirektion zu intervenieren.

GR. Dr. Plagohke fragt den Bürgermeister unter Bezugnahme auf die Verbreitung von Ansichtskarten antisemitischen Inhaltes, was er zu tun denkt, um von Wien die Schmach einer planmässigen Pogromhetze fernzuhalten und gegen diese das Ansehen der Gemeinde schädigenden Ausstreunungen aufzutreten, ehe auch sie die Ruhe der Stadt stören.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage dem Staatsamt für Inneres, dem der Schutz und die Sicherheit der Bevölkerung anvertraut ist, übergeben.

Ich selbst muss bemerken, dass ich von derartigen Gerüchten, die im Um-

GR. Vaugoin fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, im Interesse der Bevölkerung das Nötige zu veranlassen, damit der Stadtbahnverkehr ehestens wieder aufgenommen wird.

BGM. Reumann: Die in der letzten Gemeinderatsitzung gemachte Mitteilung über die Wiederöffnung des Stadtahnbetriebes am 15. Juni beruhte auf einer schriftlichen Mitteilung des Staatsamtes für Verkehrswesen, das vielleicht etwas optimistisch auf grössere Kohlenzuschüsse gerechnet hatte. Nach einer heute bei der Direktion der Staatsbahnen (die bekanntlich den Betrieb der Stadtbahn führt) persönlich eingeholten Information ist eine Steigerung der Kohlenzuschüsse bisher nicht eingetreten. Es wurde die Zusicherung gegeben, dass im Falle einer solchen der Stadtbahnverkehr unverzüglich wieder aufgenommen werden wird. Es wird Aufgabe der heute zu wählenden Mitglieder der Kommission für Verkehrsanlagen sein, in der Kommission auf eine möglichst baldige Einlösung der von der Staatsbahndirektion gemachten Zusage zu dringen.

GR. Rudolf Müller (17) interpelliert wegen der Vorkarungen gegen die Rattenplage im Lagerhause und wegen der Behandlung der dort eingelagerten Marmelade.

BGM. Reumann teilt mit, dass gegen das Auftreten von Ratten und Mäusen in den Lagerhäusern die weitgehendsten Vorkehrungen getroffen werden und dass Schäden durch Ratten bisher nur in geringem Umfange zu verzeichnen sind. Was die Behandlung der Marmelade anbelangt, so bemerkt der Bürgermeister, dass bei der Entladung und Verladung dem Personal strenge aufgetragen ist, mit aller Vorsicht zu arbeiten; der Durchführung dieses Auftrages wird ein besonderes Augenmerk zugewendet. Die eingelagerte Marmelade wird nach den Weisungen der Hinterleger ausgefolgt. Die derzeit vorhandenen nicht bedeutenden Vorräte werden demnächst zur Abgabe gelangen.

GR. Feldmann interpelliert unter Hinweis auf die Klagen der Lehrerschaft, dass bei Besetzung von Direktorstellen an den Wiener Volks- und Bürgerschulen, sowie bei der Besetzung provisorischer Direktorstellen die dienstälteren Lehrkräfte vielfach übergangen werden, was der Bürgermeister zu tun gedenke, dass diese Stellen in gerechter Weise mit den dienstältesten Lehrkräften besetzt werden, um so ein begangenes Unrecht an der Lehrerschaft wieder teilweise gutzumachen.

BGM. Reumann: Ich werde diese Anfrage als Antrag behandeln und diesen sowohl dem Stadtrate, dem die Ernennung der Schulleiter zusteht, sowie dem Bezirksrath, der die Bestellung der provisorischen Leiter vor-

GR. Adele Bartissal fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, sich der Mittelschüler anzunehmen und beim amerikanischen Hilfswerk anzustreben, dass auch in den Mittelschulen an Bedürftige Essen verabreicht wird.

BGM. Reumann: Nach dem Plane der amerikanischen Kinderhilfsaktion sollen in offenen Kinderküchen in Wien 20.000 schulpflichtige Kinder gespeist werden. Ausserdem hat die Aktion besondere Ausspeisestellen für Mittelschüler im Alter über 14 Jahren errichtet und weist ihnen im Einvernehmen mit dem Landesschulrate aus den Wiener Mittelschulen bereits einige

GR. Gabriele Walter fragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, darauf Einfluss zu nehmen, dass die noch lagernden, von den Schülerinnen der Volks- und Bürgerschulen hergestellten Hemden und Beinkleider einem gemeinnützigen Zwecke zugeführt und an mangelbemittelte Bewerber zu einem billigen Preise abgegeben werden.

BGM. Reumann: Den Leitungen der Schulen wurde während der Kriegsjahre vom Landesschulrate Material zur Anfertigung von Militärwäschestücken zugemittelt. Die Anfertigung erfolgte in den Landarbeitsunterrichtsstunden und ermöglichte den Schulmädchen die praktische Erlernung der Herstellung verschiedener Gebrauchswäsche. Ich werde diese Anfrage dem Bezirksschulrate zur weiteren Veranlassung übermitteln.

GR. Erntner weist darauf hin, dass tschechische Kinder, die in Wien wohnen, ebenfalls nach Oberhollabrunn mit anderen Wiener Kindern gesandt werden sollen und betont, dass es nicht angehe, dass, insoweit deutsche Proletariatskinder und Kinder des deutschen Mittelstandes in Wien verhungern tschechische Kinder auf Kosten der deutschen Gemeinde Wien an derartigen Wohlfahrtsaktionen teilnehmen. Ein Kind nimmt überdies an der amerikanischen Ausspeisung im Kursalon teil. Der Interpellant fragt, was der Bürgermeister zu tun gedenkt, um hierin Ordnung zu schaffen. (Lebhafte Protestrufe der tschechischen Gemeinderäte)

BGM. Reumann: Nach den hieramtlichen Erhebungen befinden sich die vom Interpellanten genannten Kinder bei ihren Eltern in Wien und es hat keines um die Aufnahme in die Erholungsfürsorge des Jugendamtes eingereicht. Eines der Kinder nimmt an der Ausspeisung in einer offenen amerikanischen Kinderküche teil, da es unterernährt ist und nach ausdrücklichem Verlangen der amerikanischen Hilfsaktion an ihrer Ausspeisung alle Kinder ohne Unterschied der Volkszugehörigkeit des Glaubensbekenntnisses und der wirtschaftlichen Lage teilnehmen sollen. Ich muss es tief bedauern, dass solche Anfragen gestellt werden.

GR. Dr. Schwarz-Hiller betont, dass an der ehemaligen österreichischen Adriaküste, welche sich gegenwärtigen in italienischem Besitze befindet, eine Reihe von Orten liegen, die seit langem als Heilplätze für bestimmte Krankheiten in Verwendung stehen und fragt, ob der Bürgermeister geneigt wäre, sich mit der italienischen Mission in Wien ins Einvernehmen zu setzen, damit vielleicht noch in diesem Sommer einer Anzahl Wiener Kinder die Benützung einer Reihe von Badeplätzen an der Adriaküste ermöglicht werden könnten.

Bgm. Reumann: Die Gemeinde Wien besitzt an der Adria Küste das Seehopitz San Pelagio. Schon seit der Besetzung des Gebietes durch die Italiener wurden Verbindungen mit der italienischen Regierung von der italienischen Heeresleitung gesucht, bisher ohne jeden Erfolg. Das Jugendamt ist an der Arbeit, einen ausführlichen Bericht für den Präsidenten Seitz vorzubereiten, der es übernommen hat, in dieser Angelegenheit die entsprechenden Schritte zu unternehmen. Es besteht daher die Hoffnung diesen Heilplatz den Wiener Kindern wieder zugänglich zu machen.

GR. Dr. Alma Seitz fragt, ob der Bürgermeister es nicht für zweckdienlich erachte, in der Frage der Kriegsgefangenen und Zivilinterniertenfürsorge zur schleunigen und eingehenden Behandlung im Wirkungskreis der Gemeinde eine städtische Kommission einzusetzen.

Bgm. Reumann: Zur Unterstützung der Staatskommission für Kriegsgefangenen- und Zivilinterniertenfürsorge bestehen in den einzelnen Ländern Landeshilfsstellen, demnach auch eine solche in Wien. Die Gemeinde Wien wird selbstverständlich bei dem Hilfswerke für unsere Heimkehrenden gerne mitwirken. Sobald die Entschliessungen der staatlichen Behörden den Einzelnen bekannt sind, werden dem Stadt rate Anträge über allfällige Bestellung einer eigenen städtischen Kommission vorgelegt werden.

GR. Doppler verweist in einer neulichsten Anfrage auf seine in der Sitzung vom 30. v. Mts. eingebrachte Interpellation, dass viele Wiener Kinder von den Hilfsaktionen nach der Schweiz, Schweden, Holland, Sultzbach u.s.w. ausgeschlossen werden müssen, weil sie sich um die Aufnahme in eine Mittelschule und ähnliche Anstalten bewerben und die erforderliche Aufnahmeprüfung erst anfangs Juli ablegen können.

Der Bürgermeister erwidert: Das städtische Jugendamt wurde am 31. v. Mts. beim n.ö. Landesschulrat dahin vorstellig, dass die jetzigen Kinder, die sich um die Aufnahme in Mittelschulen bewerben, aber in eine Erholungsaktion abgehen sollen, die vorzeitige Ablegung der Aufnahmeprüfung gestattet werde. Eine Erledigung auf diese Eingabe ist trotz ihrer Dringlichkeit ausgeblieben, doch wurde sie schriftlich und mündlich betrieben.

GR. Angeli richtet an den Bürgermeister die Anfrage, ob er geneigt sei, bei den kompetenten Faktoren dahin zu wirken, dass die hässliche Planke vor dem seit 2 Jahren fertiggestellten chemischen Institut in der Währingerstrasse sowie der dort liegende Schutt mit nebst Ziegelresten che baldigst entfernt und dort eine provisorische Rasenanpflanzung verfügt werde.

Bgm. Reumann: Das Stadtbauamt hat einen Entwurf für die Regulierung der Boltzmanngasse und Währingerstrasse bereits ausgearbeitet und sind die Anbetsverhandlungen dafür bereits dem Stadtrate zur Genehmigung vorgelegt worden.

GR. Angeli fragt an, ob der Bürgermeister geneigt wäre, den Auftrag zur Regulierung der Bezüge der städtischen Flurwächter zu geben.

Bgm. Reumann: Diese Interpellation ist erst kurz vor der Sitzung überreicht worden, und werde in der nächsten Sitzung beantwortet.

Die gleiche Erledigung gibt der Bürgermeister auf die Anfrage des

GR. Rötter, der die Anfrage stellte, ob in der kommenden Woche den Bäckern schwarzes oder weisses Mehl zum Brotbacken überwiesen werden.

GR. Rötter beantragt unter Hinweis auf den sich immer mehr fühlbar machenden Mangel an Wohnungen und die unzulängliche Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, dass der Gemeinderat beschliessen wolle, unverzüglich eine allgemeine Aufnahme aller in Wien wohnhaften Ausländer durchzuführen, aus der der Zweck ihres Aufenthaltes ersichtlich ist. Nach Beendigung der Arbeiten ist das Ergebnis dem Gemeinderate bekannt zu geben.

GR. Erntner beantragt, Vorkehrungen gegen die Beschädigung der Baumreihen in den Strassen und der Rasenanlagen zu treffen.

GR. Karl Winter stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschliessen, Wohnungen, die länger als ein Jahr unbehütet stehen, zwecks Vermietung frei zu machen, Personen, die eine Wohnung in der inneren Stadt und zugleich eine Villa oder dgl. an der Peripherie der Stadt besitzen, haben eine davon zur Weitervermietung zur Verfügung zu stellen; Kanzleien sollen zusammengelegt werden, Wohnungen, die nur gegen Ablösung des Inventars überlassen werden, sind behördlich zu räumen. Leerstehende Wohnungen mit mehr als drei Zimmern sollen in mehrere Wohnungen geteilt werden. Verordnungswidrige Verwendung von Wohnungen für Magazine etc. ist streng zu bestrafen. Zur Erleichterung der angeregten Massnahmen sollen die Wohnungsbüro in den einzelnen Bezirken den Bezirksbauabteilungen unterstellt werden.

GR. Schorsch beantragt, den Magistrat zu beauftragen, dem Gemeinderate entsprechende Vorschläge zum Ankauf von Milchkuhen, Schweinen und Hühnern für die Bauernhöfe in Mauthausen zur Beschlussfassung zu unterbreiten.

GR. Jenschik beantragt die Errichtung einer Bedürfnisanstalt im Kaisergarten.

GR. Grübner beantragt die bessere Versorgung des Knabenwaisenhauses in der Josefstädterstrasse mit Lebensmitteln.

GR. Hermann Fischer beantragt die Umänderung der Reitwege in der Hauptallee und auf der Ringstrasse in Gehwege mit Sitzgelegenheiten und die Anbringung von Verbotstafeln für das Reiten in der Hauptallee und in den Praterauen.

GR. Rudolfine Fleischner beantragt, den Magistrat zu beauftragen, mit der Firma Betz wegen der unhaltbaren Lohnverhältnisse der Wärterinnen in den Bedürfnisanstalten Verhandlungen einzuleiten, zu denen auch aus dem Pleum des Gemeinderates Vertreterinnen beizuziehen sind.

GR. Marie Kramer stellt den Antrag, der Gemeinderat möge seine prinzipielle Geneigtheit für die Kommunalisierung der Kriegs- und Gemeinschaftsküchen aussprechen.

GR. Hernstein beantragt: Die Gemeinde möge alle zweckdienlichen Mittel anwenden, um der Not an Werkstätten und Verkaufslokalitäten zu steuern. Sie möge zu diesem Zwecke die zentral gelegenen hofrärischen Gebäude der Hofstallungen und Gardekaserne zu erwerben suchen.

GR. Schleifer stellt den Antrag, den dem Staatsamt für Inneres unterstehenden Organen des Gendameriedetachementes für den Sicherheitsdienst auf den Wiener Bahnhöfen die freie Fahrt auf der Strassenbahn ähnlich wie die Sicherheitwache zu bewilligen.

GR. Dr. Alma Seitz beantragt, den Pensionisten der Strassenbahn, sowie den Witwen und Waisen nach Strassenbahnbediensteten Karten zur freien Fahrt, etwa 20 pro Person und Monat für die Dauer der Sommermonate zuzubilligen.

GR. Marie Wielsch beantragt die Ueberlassung eines Platzes im Augarten für Jugendspiele.

GR. Beer beantragt: In dankbarer Erinnerung an die während des Krieges vielen Tausenden Hilfs- und heilbedürftigen Wiener Kindern durch das Schweizer Volk und sein Land gewährte Gastfreundschaft und bewiesene Hochherzigkeit wolle der Gemeinderat beschliessen, den bisher mit Kaiser Wilhelmring benannten Teil der Wiener Ringstrasse in Schweizer-Ring umzuändern.

GR. Beer beantragt die Bestellung der Vorsitzenden und deren Stellvertreter, sowie die Berufung der übrigen Beisitzer der Mietämter im Sinne des § 13 gen. Verordnung vorzunehmen, und hinsichtlich der Beisitzer das gegenwärtige Verhältnis der Gemeinderatsparteien zu berücksichtigen.

GR. Sirotek beantragt: Der Gemeinderat wolle beschliessen, die Gemeinde Wien errichtet in allen Bezirken tschechische Volks- und Bürgerschulen, die Schulpfengel werden geändert und tschechische Bezirksschulräte eingesetzt. Es soll sofort Vorsorge getroffen werden, dass die Errichtung eines tschechischen Landesschulrates in die Wege geleitet werde.

Die Anträge werden an den Stadtrat gewiesen.

Hierauf wird an die Erledigung der Tagesordnung geschritten.

VB. Emmerling berichtet über Herstellungen im Gebäude der Markthalle in der Zedlitzgasse für den Künstlerbund Hagen und beantragt für diese Arbeiten einen Betrag von 199.900 Kronen zu bewilligen unter der Bedingung dass sich das Staatsamt für Unterricht endgültig bereit erklärt, den für diesen im Interesse der Kunstförderung gelegenen Zweck bereits in Aussicht gestellten Betrag von 80.000 Kronen zur Verfügung zu stellen und auch das Land Niederösterreich einen entsprechenden Beitrag leiste. (Angenommen)

Nach einem Berichte des VB. Hoss wird das Abfindungsübereinkommen bezüglich der Gemeindebüeraufgabe in dem ausserhalb des Vorzeheragsstewergebiete gelegenen Wiener Gemeindegebiete genehmigt.

StR. Breitner berichtet über die Bewilligung von Zuschusskrediten und zwar für die Erhaltung des Pflasters im Betrage von 5½ Millionen Kronen, für Erhaltung der Wasserläufe von 73.000 Kronen, für das Strassenwesen von 3½ Millionen Kronen und für das städtische Jugendamt von 35.000 Kronen. (Die Zuschusskredite werden genehmigt.)

StR. Dr. Grün berichtet über die Verbarsichung einer Jause in den städtischen Versorgungsanstalten und stellt den Antrag: Den Pflieglingen der Versorgungsanstalten und des Bürgerversorgungshauses, die in Ausspeisung stehen, wird von nun an die Jause mit Brot unentgeltlich verabreicht. Der Berichterstatter betont, dass die gemeinderätliche Kommission in einigen Versorgungsanstalten festgestellt hat, dass die Pflieglinge Hunger leiden müssen. Es soll daher alles beigetragen werden, um die Misstände abzustellen. Die jährlichen Kosten der unentgeltlichen Verabreichung der Jause je nachdem sie aus Thee oder Milchkaffee besteht 138.000 bis höchstens 508.000 Kronen betragen.

GR. Schleifer: Von der Gemeindeverwaltung ist in Bezug auf die Humanitätsanstalten viel gesündigt worden. Es wurde unerschämte, dass während der ganzen Kriegszeit seitens der Gemeindeverwaltung nicht eine einzige Kommission in Ybbs war. Die Pflieglinge hungern dort buchstäblich. Es ist Pflicht der Gemeinde, dort sofort einzugreifen und ich begrüesse es, dass der Stadtrat so rasch arbeitet. Es wird insbesondere auch notwendig sein, den Pflieglingen in Lainz, wenn sie nicht parieren, nicht immer zu drohen, sie kommen nach Ybbs, so dass Ybbs als eine Strafanstalt angesehen wird. Die Pflieglingen haben das Recht zu verlangen, als gleiche Menschen, wie alle anderen behandelt zu werden. Ich bitte den Antrag anzunehmen, und wünsche dass raschestens an die Reorganisierung der städtischen Humanitätsanstalt geschritten wird. (Beifall)

Von den städtischen Elektrizitätswerken.

In der heutigen Sitzung des Stadtrates erstattete StR. Breitner einen Bericht über die sich notwendig ergebende starke Erhöhung der Tarife für den Bezug von Licht und Kraft aus den Elektrizitätswerken, um bei diesem Unternehmen sowie bei der Strassenbahn und den Gaswerken eine Sanierung herbeizuführen. Mit Rücksicht auf das Nachmittag stattfindende Leichenbegängnis der Opfer des 15. Juni wurde in die Beratungen nicht eingegangen, sondern sie wurden einer der nächsten Sitzungen des Stadtrates vorbehalten. Es kann jedoch als feststehend bezeichnet werden, dass zumindest mit einer Verdoppelung der bisherigen Tarife für Licht zu rechnen ist, während bei Abgabe von Kraft aus den Elektrizitätswerken die Steigerung nicht so einschneidend sein soll, um den Elektromotor, dem ja ohne Zweifel die Zukunft gehört, den Weg zu bahnen, zumal ja die Gaswerke infolge der Drosselung der Abgabe und der trostlosen Kohleverhältnisse zu einer ausgiebigen Abgabe von Gas, ^{und} Aufstellung neuer Motoren nicht in der Lage sind. Als eine vollkommene Neuerung gegenüber der bisherigen Praxis stellt sich der gleichzeitig formulierte Antrag des Referenten dar, dass die Elektrizitätswerke noch vor dem heurigen Winter auf eigene Kosten 10.000 Neueinleitungen von elektrischer Beleuchtung in Kleinwohnungen vornehmen. Es sollen in erster Linie solche Häuser und Häusergruppen in Betracht kommen, in denen bereits Steigleitungen vorhanden sind, so dann jene, bei denen wenigstens die Kabel in der Strasse bereits gelegt sind. Im allgemeinen werden Installationen nur in Wohnungen mit höchstens 2 Wohnräumen durchgeführt und nur ausnahmsweise, wenn es sich um einen Einzelfall innerhalb eines ganzen Komplexes handelt, auch in grösseren Wohnungen, keinesfalls aber in solchen, die das Luxagepräge an sich tragen. Nach dem Antrage des Referenten soll die Installation durch die Wiener Gewerbetreibenden im Offertwege vorgenommen werden, wobei aber die Elektrizitätswerke durch Probeinstallationen genauestens die Kosten erheben und darüber hinausgehende Ansprüche zurückweisen würden. Nebst der eigentlichen Installationsanlage wird auch die Beistellung ganz einfacher Beleuchtungskörper mietweise erfolgen. Von den sich ergebenden Kosten werden von vornherein die Hälfte von den Elektrizitätswerken übernommen werden, die restliche Hälfte soll in 120 Monatsraten, also im Laufe von 10 Jahren, durch einen kaum fühlbaren Zuschlag zur Elektrizitätsmesserrrente hereingebracht werden. Hervorgehoben muss auch werden, dass die Leitung nicht in den Besitz der einzelnen Mietparteien übergeht, um zu verhüten, dass bei Uebersiedlungen, durch Wegnahme der Drähte überflüssige Verzögerung von Materialwerten erfolgt, sondern es soll die Installation bei einer Wohnung bleiben und die jeweilige neue Mietpartei soll mit der Zahlung der Raten fortfahren, wo der vorhergehende Wohnungsinhaber aufgehört hat.

Durch diese Kleinwohnungsaktion, für welche bereits das Material sichergestellt ist, werden die Anschlüsse, welche die Elektrizitätswerke für solche Parteien machen, welche die Installation aus eigenem besorgen, nicht berücksichtigt. Es handelt sich hier um den Beginn einer neuen Aktion, deren Ziel es ist, im Laufe weniger Jahre dahin zu gelangen, dass das elektrische Licht nicht wie bisher schon ein Zeichen der Wohlhabenheit und ein Vorrecht der besitzenden Kreise ist, was übrigens aus der Feststellung hervorgeht, dass es gegenwärtig in Wien bloss 40.000 Anschlüsse von elektrischem Licht gibt, gegenüber 250.000 Gasanschlüssen. Dabie entfällt überdies der grössere Teil auf die Geschäftsräume und nicht auf Wohnräume. Eine der unungünstigsten Voraussetzungen allerdings ist es, dass es gelingt, die Elektrizitätswerke in noch weit höherem Masse vom Bezuge ausländischer Kohle unabhängig zu machen, um durch Erschliessung lokaler Fundstätten von Braunkohle die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätswerke entsprechend zu heben.

GR. Anna Boschek erhebt eine Reihe schwerer Vorwürfe gegen die Verwaltung des Lainzer Versorgungshauses. Es wäre durchaus nicht notwendig, dass Menschen, die in städtischen Versorgungsanstalten sich befinden, so herabkommen. Da sei erstens die Kleidung. Frauen gehen jahrelang in den selben Kleidern herum, die niemals werden diese gelüftet und nur jene bekommen frische Kleider, die gut angeschrieben sind. Die Kost ist erst in der allerletzten Zeit etwas besser geworden. Sie werde aber nicht gleichmässig verteilt. Vielleicht bilden sich das die alten Leute nur ein, aber sie haben kein Vertrauen zu der Verwaltung, weil dort keine Kontrolle und keine Beschwerdestelle ist. Es wird allgemein behauptet, dass seitens der Pfleger und Aufseher Protektion geübt werde. Alle werden schablonenmässig behandelt. Auch die Leute, welche unmittelbar nach einer schweren Operation sich befinden, bekommen weder Milch, noch Eier, sogar das schwarze schwer verdauliche Brot müssen sie so wie die Gesunden essen. In erster Linie würden diese Leute etwas mehr Liebe und Sorgfalt benötigen. Wenn sich aber einer wegen der Kost beklagt, so wird ihm bedeutet, dass er nicht zum ausgefüttert werden, sondern zum sterben in der Anstalt sei. Als ich in der Anstalt war, hörte ich, vor der Türe ein Geschrei, eine Pflgerin apostrophierte einen alten Mann mit den Worten: Du alter Hund, Du Dreckkerl, Du altes Schwein! Und was hatte der Mann verbrochen? Er hatte seine Pfeife ausgeklippt und die Asche auf die Erde geschüttet. Als die Pflegerin mich sah, entschuldigte sie sich mit ihrer Nervosität und teilt mir mit, dass sie vier Jahre wegen einer schweren Nervenkrankheit in Steinhof interniert war. Geradezu unglaublich sei es auch, dass jeder 3. Pavillon verlaust sei. Die Leute kommen aus den Asylen in die Anstalt ohne jede Quarantäne, es befindet sich auch keine ordentliche Entlausungsanlage, nicht einmal eine ordentliche Badeanlage in der Anstalt. Vollständig unzureichend und ganz und gar unhygienisch ist auch die Wäscherei eingerichtet. Die Rednerin beanstandet es auch, dass Zwieback, gar an die Anstalt geliefert werden, in einem Kellerraum direkt auf dem Erdboden gelagert werde, ungeschützt vor Ratten, Mäusen und anderem Ungeziefer. Die Rednerin erklärt, dass eine intensive Kontrolle die Zuziehung von Gemeinderatsmitgliedern notwendig sei, damit diese unwürdigen Zustände beseitigt werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

GR. Breuer: Wer heute zum erstenmal auf der Gemeinderatsgalerie Platz genommen und den beiden Vorrednern zugehört hat, wird sich sagen, es ist zum Staunen, dass sich in der Gemeinde Wien Fälle ereignen, die sie in so lebendiger Art geschildert haben. Ich will zugeben, dass im Laufe der Kriegsjahre und der darauf folgenden schweren Zeiten sich manche Dinge eingestellt haben, die wir alle bedauern und deren Abschaffung wir alle wünschen. Aber wenn sich der erste Redner zu der Aeusserung verstiegen hat, es schiene diese Anstalt in der Form verwaltet worden zu sein, dass die dortigen sesshaften Wiener früher aus dem Leben scheiden, ist das eine Bemerkung, die ich vor das Forum des guten Geschmacks verweise und auf die ich nichts zu erwidern habe. Wenn man weiss, dass das Budget für die Armenversorgung von 7 auf 22 Millionen gestiegen ist, so darf man nicht mit allgemeinen offenbar für die Öffentlichkeit berechneten Aeusserungen hervortreten. Aus einzelnen Fällen darf man nicht generalisieren. Wollen Sie aus einzelnen Fällen ein gutgeschultes Personal verdächtigen. Unsere Humanitätsanstalten wurden von den verschiedensten vollkommen einwandfreien aus allen Staaten Europas und aus Amerika besucht, das waren keine Parteigesellschaften. (Zwischenrufe: Angemeldet sind sie gekommen!) Gewiss sind sie angemeldet gekommen, was wollen Sie mit diesem Zwischenrufesagen? Jene Besuche, haben vergleichsweise aus anderen Staaten und nicht momentan auf Grund der gewöhnlichen Eindrücke geurteilt und sich lobend über Einrichtung, Durchführung und Verwaltung geäussert. Wenn Sie der früheren Mehrheit solche Vorwürfe machen, frage ich Sie: War nicht Ihre Partei als feste Opposition vorhanden? Alle diese Vorwürfe fallen nicht, wenn sie wahr sind, auf die

zurück. Sie machen uns allein verantwortlich und Ihre führenden Männer sind in der Obmann-Konferenz gesessen und haben sich bemüht für das Wohl der Bevölkerung zu arbeiten. Solche Reden hält man in einer Wählerversammlung. In Wien war es Dr. Lueger, der die Versorgungshäuser in glänzendster Weise eingerichtet hat, anders als auf der ganzen Welt. Ich verweise ~~auf~~ nur auf Ehepaarpavillons. Ich will hier nur richtig stellen, dass wo Fehler vorkommen, soll eingegriffen werden, dass Sie aber unsere Beamte und Angestellte heruntersetzen, geht zu weit und das weise ich in deren Namen zurück. Wer alles unter der Parteienbrille ansieht, kann allerdings zu solchen Aeusserungen kommen. Benützlich der Seife finden wir dieselben Verhältnisse heraus. Wir kriegen auch keine. Ich will nicht auf die Ursachen zurückkommen. Schliesslich glaube ich, dass wir auf dem Wege sind, dass zu ergänzen, was durch die Ungunst der Verhältnisse nicht zu schaffen möglich war. Wie man sich der Arbeitslosen die wirklich die physischen Kräfte zur Arbeit besitzen, angenommen hat, so müssen auch die Insassen unserer Versorgungshäuser, die nicht mehr arbeiten können, unsere Fürsorge erfahren. Im Übrigen werde ich für den Antrag stimmen.

GR. Kunschak: Es ist im höchsten Grade misslich, wenn eine Angelegenheit, die wirklich nur als Herzensache behandelt werden kann, schliesslich zum Gegenstand von Angriffen gegen eine politische Partei gemacht wird. Was die Versorgung in Wien anlangt, ist es allseitig, auch von Vertretern ihrer Partei anerkannt, dass die frühere Verwaltung der Gemeinde Wien auf diesem Gebiete grosse Fortschritte herbeigeführt hat. Das Versorgungsheim, das so zum Mittelpunkt der Angriffe gemacht wurde, dass man meinen sollte, es sei eine kleine Mordanstalt, ist ein Denkmal der Erkenntnis, dass die Gemeinde die Verpflichtung hat, nicht nur für Arbeitsfähige, sondern auch für Arbeitsunfähige zu sorgen. Vergessen Sie nicht, dass aber ein rein menschliches Moment ins Kalkül gezogen werden muss. Es handelt sich bei den Pflgerlingen um alte Leute mit allen Gemüts- und Charaktereigenschaften, die das Alter an sich schon bringt und um Leute, die in ihrem Lebensabend Schiffbruch gelitten haben und natürlich mit der erregten und verbitterten Stimmung ihre letzten Zufluchtsort in den von der Gemeinde errichteten Anstalten suchen. Unter dieser Voraussetzung wird es ihnen gar nicht schwer fallen, sich auf eine Vorstellung zu konstruieren, wie ungemein schwer es ist, diese Leute richtig und zu ihrer Zufriedenheit zu behandeln. Da wir zur Behandlung keine Engel haben, sondern nur eine Auswahl unter Menschen treffen können, die ausserdem unter den Wirkungen des Krieges in ihrer Nervenverfassung und Sellenstimmung so gelitten haben, wie die anderen können sich Dinge ereignen, die wir alle auf das Tiefste beklagen. Als das Versorgungsheim in Lainz fertig war, sind alle der einen Meinung gewesen, dass diese eine Musteranstalt am Kontinent ist. Kaum ist die Anstalt belegt worden, hat es schon sehr schwere Klagen, ja sogar Revolten unter den Leuten, die aus der Lazarettgasse dort hinausgekommen sind, gegeben, weil es dort im Gegensatz zur Lazarettgasse Ordnung gegeben hat. In früheren Jahren ist sehr viel kontrolliert worden. Es waren aber andere Verhältnisse, unter denen kontrolliert werden konnte. Im Krieg ist Bürgermeister Dr. Weiskirchner sehr wenig in dieser Anstalt gekommen, aber es ist nicht richtig, dass die Anstalten nicht kontrolliert worden sind. Wen wollen Sie anklagen? Wenn sie die Pflegepersonen in der Anstalt anklagen. ... (GR. Schleifer: Das System) Es gibt kein System, das jemandem Rechten gegenüber den Pflgerlingen vorschreibt. Wenn ich da ein parteipolitisches Moment hineintragen wollte, könnte ich sagen, wenn wir untersuchen, wer dieser Rohling war, könnte es vielleicht ein Sozialdemokrat gewesen sein. Es fällt mir nicht ein, wenn ein Sozialdemokrat roh vorgeht, ihnen einen Vorwurf zu machen. Als die Beschwerden aus dieser Anstalt dem Gemeinderat

GR. Schrech berichtet über den Kollektivvertrag der ~~der~~ Arbeiter-schaft des Brauhauses, bezw. mit der Organisation der ^{verhinderten} Brauhäuserarbeiter und weiters für den ~~den~~ Weigl über die Errichtung einer Kaffeeküche und eines Lebensmittelmagazines im Strassenbahnhof „Vorgarten“ mit einem Betrag von 165.000 K und über Erhöhung der Ruhebezüge für die vor dem 1. Mai 1919 pensionierten Angestellten der Strassenbahnen. Sämtliche Anträge werden debattelos im Sinne der Stadtratsbeschlüsse angenommen.

GR. Bombeck beantragt den ~~Bedürfnis~~ der städtischen Gaswerke auf die Dauer des abgeschlossenen Kollektivvertrages Mietzinsbeiträge und zwar bei einer Dienstzeit bis 5 Jahre 40 Kronen monatlich, von 5 bis 10 Jahre 50 K, von 10 bis 15 Jahren 65 K und darüber 80 K zu bewilligen.

Nach einem Berichte des StR. Siegel wird die Erbauung eines Gärtnerhauses bei den Gemüseärten der Strassenbahnen auf der Simmeringer Haide mit einer Baukostensumme von 90.000 Kronen genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Siegel wird das Projekt für den ~~den~~ Umbau in der Kutschergasse in Währing (Kostenerfordernis 59.000 K) genehmigt.

StR. Siegel beantragt den Beitritt der Gemeinde Wien zur Kriegsbauteilungsverwertungsgesellschaft mit einem Betrage von 50.000 Kronen (Angenommen)

Ueber Antrag des StR. Siegel wird der ~~den~~ Ankauf der Autogarage im III. Bez. Grasberggasse um den Kaufschilling von 38.000 K genehmigt.

GR. Sohnig beantragt, der Lehrkanzel der höheren Geodäsie- und sphärischen Astronomie an der Technischen Hochschule ^{schule} ~~unser~~ Subvention von 1000 Kronen und für die ~~den~~ Errichtung verschiedener Herstellungen ~~mit~~ der Betriebssicherheit im Gaswerke Leopoldau einen Kredit von 44.000 K genehmigt. Für die Umpflasterung der Boltzmann-gasse und Währingerstrasse beantragt der Referent einen Betrag von 323.000 K zu bewilligen. Die Referenten~~anträge~~ ~~träge~~ werden angenommen.

GR. Rudolf Müller (17) beantragt die Genehmigung eines Betrages von 7000 Kronen für die Mehrkosten der Umpflasterung der Kopalgasse zwischen Dorf- und Rappachgasse im 11-Bezirk und legt den technischen Entwurf für die Regulierung und Umpflasterung des Fleischmarktes mit einem Gesamterfordernis von 174.000 K vor. (Angenommen)

Derselbe Referent berichtet über den neuen Kollektivvertrag in den Steinbrüchen der Gemeinde Wien in Mauthausen.

GR. Haider: Wenn ich zu dem Referat das Wort ergreife, so tue ich es, um kurz Stellung zu nehmen und zu konstatieren, dass ich als Vertreter der Gemeinde Wien bei diesem Abkommen beteiligt

war und mich die Position einerseits als Vertreter der Gemeinde, andererseits als der der Arbeiterschaft eine schwierige war. Wir haben zwar im Gemeinderate am 23. Februar d.J. mit diesen Arbeitern einen ganzjährigen gültigen Vertrag abgeschlossen. Ich behaupte, dass wir wohl erwartet hätten, dass die Arbeiterschaft vor Ablauf desselben nicht mit neuen Forderungen an uns herantreten werden, dass diese Gründe dafür darin lagen, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse es begründet erscheinen liessen. Ich anerkenne die Berechtigung der Forderungen. Auch Kollege Müller hatte einen schweren Stand, da die Forderungen exorbitant waren. Er hatte grosse Mühe, die Leute davon zu überzeugen, dass es ein Ding der Unmöglichkeit ist, die Forderungen in der von ihnen gestellten Höhe zu bewilligen. Das Resultat der langwierigen und schwierigen Verhandlungen hat zu dem Ergebnis geführt, das uns heute vorliegt. Redner bemängelt, wie wenig rational die Wirtschaft in den Wirtschaftsbetrieben der Gemeinde in Mauthausen und Grün und beantragt, der Gemeinderat wolle beschliessen, das Stadtbauamt habe unverzüglich eine Vorlage zur rationalen Bewirtschaftung der der Gemeinde gehörigen landwirtschaftlichen Güter in Mauthausen auszuarbeiten und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen, der Antrag Haider genügend unterstützt und an den Stadtrat geleitet.

StR. Richter berichtet über die Erhöhung der Fahrpreise des Stellwagens von Weidlingau ~~Waidersdorf~~ nach Mauerbach. Diese betragen nunmehr für die Pflinglinge des Versorgungshauses Mauerbach K 1.36, für die Bewohner von Mauerbach K 1.60 und für Ortsfremde

K 2. - Die Referentenanträge werden angenommen.

Nach einem Berichte des StR. Speiser wird die Aufstellung von Baumschützern in der Floridsdorfer Hauptstrasse bei der Brücke über die Donau genehmigt.

Nach einem Berichte des StR. Dr. Kienböck wird eine Ergänzung der Dienstordnung und Gruppeneinteilung für die städtischen ~~den~~ ~~den~~ Rentenversicherungsanstalt genehmigt.

Hiermit ist die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung erschöpft

zur Kenntnis gekommen sind, hat noch der alte Gemeinderat eine Untersuchungskommission eingesetzt, die dem Bürgermeister einen Bericht über die Erfahrung in den einzelnen Anstalten zu ersätten hat. Wir können diesen Bericht ruhig abwarten. Was die Kommission als Abänderungsbedürftig erkennt, wir gewiss auch abgeändert werden, vorausgesetzt, dass die Möglichkeit hierzu gegeben ist. Alle die Schwierigkeiten, die sich jetzt in jedem einzelnen Haushalt und in der ganzen Öffentlichkeit geltend machen, wirken umso ärger gerade in einer solchen Anstalt, wo das Elend in Massen konzentriert ist. Es wurde von der Verlausung gesprochen. Gehen sie in eines unserer Wiener Spitäler, wo die Voraussetzungen der Aufnahme ganz andere sind und fragen sie, ob es dort nicht auch zu solchen Erscheinungen kommt. Heute ist die Verlausung und die Kretze längst schon nicht mehr eine Krankheit der untersten Schichten, heute ist das schon hoch in die Gesellschaftsschichten hinaufgestiegen. Das ist eine Kriegserscheinung. Dass an den verschiedenen Misständen die frühere Gemeindeverwaltung Schuld ist, das zu behaupten, ist lächerlich. Diese Erscheinungen der Zeit die nicht um die Parteizugehörigkeit fragen, die nur ein Appell an die Gewissenspflicht des einzelnen Menschen sind. Dass dieser Appell an uns nicht vergeblich gerichtet wird, davon können Sie überzeugt sein. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Glanzer bemerkt, dass es schwer sei, allen Wünschen und Beschwerden der Pflöglinge gerecht zu werden, da die Pflöglinge eben alte Leute seien. Wenn heute so gewichtige Beschwerden gegen das Personal vorgebracht worden sind, so hätten Sie schon seit Mai (Rufe bei den Christlichsozialen: Seit November schon) Gelegenheit gehabt, den Uebelständen abzuhefen. Redner bringt nun mehrere Wünsche der Pflöglinge vor und legt die Erfüllung dieser der Mehrheit nahe. Er weist darauf hin, dass die sozialdemokratische Partei vor den Wahlen hinausgegangen ist, den Pflöglingen vieles versprochen hat und somit viel Schuld daran trägt, dass ein solcher Geist unter den Pflöglingen herrscht. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig). Die Wählerversammlungen der Sozialdemokraten hätten sogar die Kritik der Pflöglinge hervorgerufen. Sie haben ihnen statt Kraut und Rüben Reis und Milch versprochen (Rufe bei den Christlichsozialen: Kriegen sie sie schon ?). Redner weist auch darauf hin, dass bei ihm Pflöglinge vorgesprochen hätten, und ihm gesagt hätten, dass es jetzt noch schlechter sei (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört, Hört) Das ist halt eine andere Meinung! Dass sagen nicht nur die Pfrüdnner! Die Pflöglinge warten eben auf die Erfüllung der Versprechungen, die ihnen die Kandidaten gemacht haben. Redner schliesst mit dem Appell, die Mehrheit möge wieder jene Verhältnisse schaffen, wie sie unter der christlichsozialen Verwaltung im Jahre 1914 waren und die Pflöglinge werden mit der neuen Verwaltung ebenso zufrieden sein, wie sie mit der alten waren (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

In seinem Schlussworte bemerkt der Referent, dass Frau Boschek ihn ersucht habe, festzustellen, dass es ihr nicht eingefallen sei, die Angestellten anzugreifen.

Nach einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Kurz wird der Antrag angenommen.

GR. Hellmann beantragt, dem Vereine „Städtische Waldschule“ eine einmalige Bauausilfe von 100.000 Kronen zur Herstellung einer Waldschule in dem Gebäude „Sängerwarte“, in der Wilhelminenbergstrasse zu bewilligen.

GR. Wawerka (kontra): Ich nehme nicht Stellung gegen das Referat. Wir sind gewiss nicht gegen die Errichtung von Waldschulen, doch scheint das Referat einige Mängel aufzuweisen, auf die ich verweisen will. Vor allem stelle ich fest, dass ich es gerne gesehen hätte, wenn die erste Gründung dieser Art nicht im Wege einer privaten Anregung, sondern durch die Gemeinde Wien selbst erfolgt wäre. Ich bin überzeugt, Sie hätten gewisse

eine Waldschule nicht an diesem Platze geschaffen. Dies ist mein erstes Bedenken. Der Platz eignet sich nicht zum Projekt. Er liegt, an der Wilhelminenbergstrasse, ist von Wäsen umgeben, aber die Waldparzellen sind sehr klein und die grossen weit entfernt. Das zweite Bedenken sind die ungeheuren Kosten die aufgewendet werden sollen, um wenigen Kindern die Vorteile einer Waldschule zu sichern. Mit demselben Geld wäre dies für eine grössere Zahl von Kindern möglich. Der Verein beabsichtigt, 40 Kinder dauernd als Internisten unterzubringen und 80 bis 100 in drei Klassen abgeteilt, zeitweise aufzunehmen. Um diesen 120 Kindern die Vorteile der Waldschule zu verschaffen, erwachsen Kosten von 890.000 Kronen. Die Zahl der Kinder und die Höhe der Kosten stehen in keinem Verhältnisse. Letztere sind wahrscheinlich darin begründet, dass man derart gewaltige Adaptierungen vornimmt, während man nach dem Pavillonssystem einem Vielfachen von Kindern Unterkunft geben könnte. Es wird weiter gesagt, dass bei der Besiedlung der künftigen Waldschule auch das städtische Jugendamt mitwirken soll. Ich möchte daher bei dieser Gelegenheit einige Wünsche an die Vertreter dieses Amtes, die ja auch im Saale anwesend sind, zur Beachtung richten. Es war unlängst davon die Sprache, dass es nicht angeht, dass das städtische Jugendamt in Zukunft so souverän handelt, wie es jetzt der Fall ist. Ich muss gegen den Herrn Bürgermeister polemisieren, der neulich sagte, dass es gut sei, wenn solche Aktionen von einer Stelle geleitet werden. Wie dieser Zustand, dass das städtische Jugendamt bei solchen Sachen allein entscheidet, zu allerschwersten Konsequenzen führt, liess sich an der Hand einiger Beispiele beweisen.

Das städtische Jugendamt soll sich in Zukunft, wenn es sich um derartige Aktionen handelt, immer mit der betreffenden Sektion des Bezirksschulrates und namentlich auch mit den Schulleitungen das Einvernehmen pflegen. Ein zweites Bedenken ist die kolossale Langsamkeit, mit der alle Aktionen vom Jugendamt betrieben werden. Es ist unbedingt notwendig, dass erfahrene Lehrer als Fachreferenten in das städtische Jugendamt kommen. Ich spreche nicht gegen das Referat, ich kenne den Verein, er hat schon segensreiches geleistet, aber es schenkt mir, als ob das Referat mit zahlreichen Mängeln behaftet wäre, die bei gründlicher Durchsicht noch behoben werden könnten. Das grösste Bedenken ist der Platz als solcher und die ungeheuren Baukosten die in keinem Verhältnisse stehen, zu der Zahl der Kinder, die dort untergebracht werden soll. (Beifall bei den Christlichsozialen).

VB. Emmerling übernimmt den Vorsitz.

GR. Leopoldine Glöckl wendet sich gegen die Ausführungen des Vorredners und betont, dass die Waldschulen eine Stätte sozialer Arbeit sind. Was das Jugendamt anlangt, so ist dieses, wie es jetzt eben ist, unter der christlichsozialen Herrschaft so geworden. Was die Aktion der Schweizer Kinder anlangt, so sind da immer Ungerechtigkeiten vorgekommen, und es ist nur traurig, dass Wien seine Kinder in die Schweiz betteln schicken muss.

GR. Deppler bezeichnet die Sängerwarte als den ungeeignetsten Ort zur Errichtung einer Waldschule, weil sich dort noch kein Wald befindet und weil das alte Gebäude, das aus Stein gebaut sei, weit zurücksteht gegenüber einem luftigen Holzbau. In Deutschland werden für Waldschulen nach einem Kölner System transportable Baracken benützt, die in der Vorkriegszeit ausserordentlich billig hergestellt wurden und deren Kosten sich auch jetzt noch bedeutend billiger stellen, als die uns heute beantragten Kosten. Der Redner beantragt die Rückverweisung und neuerliche Vorlage eines Antrages binnen 4 Wochen.

Berichterstatter StR. YHellmann spricht sich gegen den Rückverweisungsantrag aus, welcher abgelehnt wird.

GR. Klimesch erklärt, dass die Tschechoslovaken für die Subvention unter der Voraussetzung stimmen, dass ihre Kinder nicht ausgeschlossen werden.

Nach dem Schlussworte des Referenten und einer tatsächlichen Berichtigung des GR. Wawerka, wird der Referentenantrag angenommen.

Hierauf werden die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen in verschiedene Ausschüsse vorgenommen.